



April 2024

Informationsheft

des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V.

DBV-Forderungspapier – Milchforum – agra-Messe 2024

3

Kommentar

BMEL-Agenda im Blick behalten

6

agra-Messe

Termine und Mitgliederrabatt

10

Gesetzgebung

Überblick zum Bodenüberwachungs- und Resilienzgesetz

4

Agrarpolitik

Forderungen des DBV

7

Stellenangebot

als Referent für Veranstaltungen und Projekte

11

#Zukunftsbauer

U.W.E. überraschte alle

5

Hochwasser

Es braucht Ansprechpartner für die Aufräumarbeiten

8

LBV M-V

Karsten Trunk als Präsident gewählt

12

Rückblick

Proteste und Presse

5

Tierhaltung

Bericht zum Milchforum

9

Recht

Das irreführende „regionale“ Hähnchen

13

Versicherung

Rundumschutz mit der AgrarPolice

MIT

DENKEN.
REDEN.
MACHEN.

FÜR EINE
BESSERE
BAUERNPOLITIK.

Impressum

Herausgeber:
Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V.
Maxim-Gorki-Straße 13
39108 Magdeburg
Tel. 0391 / 7 39 69-0
Fax 0391 / 7 39 69-33
<http://www.bauernverband-st.de/>
info@bauernverband-st.de
V.i.S.d.P. Marcus Rothbart

Das Information sheft ist ein Presseorgan des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e.V.

Redaktion:
Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V.
Ansprechpartner: Erik Hecht, Referent für Medien, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktionsschluss: 27.03.2024

Texte, wenn nicht anders gekennzeichnet: Erik Hecht
Bilder, wenn nicht anders gekennzeichnet, durch den Bauernverband Sachsen-Anhalt erstellt.
Ausnahmen sind:

S. 1.: GAPS von Getty Images

KOMMENTAR

Werte Mitglieder,
werte Landwirtinnen und Landwirte,
der Kampf um den Beibehalt des Agrardiesels ist in den letzten Wochen das bestimmende Thema der Agrarbranche gewesen. Durch die Bundesratsentscheidung vom 22.03.24 haben nun alle Klarheit, was den stufenweisen Abbau der Beihilfe betrifft. Wohlgermerkt Beihilfe und nicht Abbau einer klimaschädlichen Subvention. Dieses Wording hat sich leider in sämtliche Medien eingebrannt und wird von vielen ungeprüft übernommen und nicht mehr hinterfragt.

Dass sich die Mehrheit der Betriebe den Ausgang der Entscheidung anders gewünscht und vorgestellt hatte, ist selbstredend. Bei den vorhandenen Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat, Abhängigkeiten in Landesregierungen und den komplexen Verknüpfungen mit dem Wachstumschancengesetz konnte bei realistischer Betrachtung der Gesamtlage an sich kaum was anderes rauskommen. Und trotzdem war es wichtig, bis zum letzten Tag den Druck hochzuhalten. Nun wird es daran liegen, für die kommende Bundestagswahl politisch nicht nachzulassen und weiter am Agrardiesel dranzubleiben. Als Bauernverband werden wir das weiterhin machen und auf die Umsetzung von Protokollerklärungen pochen. Ärger und Unzufriedenheit über einzelne politische Entscheidungen sind in der Landwirtschaft seit längerem konstant vorhanden. Trotzdem darf man nicht den Fehler machen, sich von den vielen anderen agrarpolitischen Themen abzuwenden und diese nicht mehr im Blick zu haben. Insbesondere die Aktivitäten des BMEL sind weiter kritisch zu sehen, da sie nicht für das Gros der Betriebe angedacht sind und lediglich den Anschein haben, dass sie es wären.

Als erstes Beispiel sei der verfolgte Weg des Ausbaus des Ökolandbaus auf 30 % Flächenanteil genannt. Schon aktuell erleben wir eine Überforderung des Marktes und nicht ausreichende Erlöse im Ökolandbau. Aus einer ehemals ertragreichen Nische kommend wird seit Jahren versucht, den Anbauanteil politisch zu erhöhen und den Betrieben diesen Umstieg über öffentliche Prämien schmackhaft zu machen. Ob man wirklich die Nachfrage und damit nachhaltige monetäre Markterlöse auf die Betriebe bekommt, ist auf dem Weg zur sozialistischen Planerfüllung und in der öffentlichen Diskussion anscheinend egal. Wer sich als Betrieb auf das Spiel einlässt, der muss das sorgfältig abwägen. Veränderungen in einer Bundesregierung können auch zu einer kurzfristigen Veränderung von finanziellen Prioritäten führen.

An zweiter Stelle muss der Umgang mit dem Pflanzenschutz in Deutschland benannt werden. Wir bekennen uns als Verband zu Reduktionen, sie müssen aber technisch umgesetzt werden und dürfen weder Mengen noch Qualitäten negativ beeinflussen. Pauschale und fachlich nicht begründbare Reduktionsziele werden wir nicht unterstützen. Und ganz vorne steht für uns der Erhalt

der flächendeckenden Landwirtschaft in Deutschland. Nicht zuletzt deswegen war es mehr als wichtig, dass das Konstrukt der SUR in Europa in der auslaufenden Wahlperiode des Europaparlaments nicht umgesetzt wurde. Mitte März, passend zur gleichzeitig laufenden Agrarministerkonferenz, hat das BMEL per Pressemitteilung mitgeteilt, dass es an einem „Zukunftsprogramm Pflanzenschutz“ arbeitet. In dem 12-Punkte-Papier dominiert nach erster Sichtung ein ordnungsrechtlicher Charakter und es wird unter anderem der Ansatz von mindestens 10 % Refugialflächen bei der Anwendung bestimmter Pflanzenschutzmittel ausgerollt. Das ist aus berufsständischer Sicht schlicht nicht akzeptabel. Zwar wird in dem Papier verschiedentlich auf den kooperativen Ansatz verwiesen, nur das verändert das zu Grunde liegende Gedankengut nicht. Mehr Ordnungsrecht wird auf Gegenwehr der Landwirte treffen, das sollte auch einem BMEL mittlerweile klar sein.

Der dritte Punkt ist der Umgang mit der Flächenstilllegung nach GLÖZ 8. Die Möglichkeiten, die uns aus Brüssel gegeben wurden, wurden in Deutschland nochmals verkompliziert und sind, unabhängig von dem viel zu späten Zeitpunkt der Bekanntgabe, nicht überwiegend praktikabel. Leguminosen ohne Pflanzenschutz sind im alten Greening schon nicht angenommen worden, nun wird es nochmal versucht. Und sei es an der Stelle auch eine Wiederholung, wer Stilllegungsflächen vor dem Umbruch bewahren will, indem er sie als wertvolle Biodiversitätsflächen tituliert, der betreibt verbale Entwertung und Landnahme landwirtschaftlicher Flächen im Privateigentum. Allein deshalb lohnt es sich für ein Aussetzen der Flächenstilllegung zu streiten.

Die genannten Beispiele zeigen deutlich, dass sämtliche Proteste der vergangenen Monate nicht dazu geführt haben, dass das BMEL seine überzogene Agenda überdenkt. Man sollte im Bundeslandwirtschaftsministerium selbst erkennen, dass immer neue Vorgaben und Bürokratismus eine der zentralen Ursachen für die Proteste waren. Möglicherweise steht dort mehr im Mittelpunkt, dass man nur noch eineinhalb Jahre bis zur Bundestagswahl hat und deswegen noch möglichst viele „segensreiche Taten“ vollbringen will. Unserer Landwirtschaft in der Breite helfen diese so nicht und sie führen schon gar nicht zu Akzeptanz.

Marcus Rothbart
Hauptgeschäftsführer



DBV-Forderungspapier veröffentlicht

Anlässlich des EU-Agrarrats legte der Deutsche Bauernverband in einem umfassenden Forderungspapier seine Vorschläge zum Bürokratieabbau sowie wichtige Maßnahmen zur Entlastung der Landwirtschaft vor. Präsident Joachim Rukwied betont die massiven Enttäuschungen der Bauern über die Steuererhöhung beim Agrardiesel und fordert einen gleichwertigen Ausgleich sowie Maßnahmen zum Bürokratieabbau. Der Bauernverband sieht eine weitreichende Kompensation als erforderlich an, durch steuerliche Entlastungen, Stärkung des Risikomanagements, Steuerbefreiung für erneuerbare Kraftstoffe und ein Auflagenmoratorium. Eine Angleichung an europäische Vorgaben sei entscheidend, um die Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Kontext wiederherzustellen.

Zumindest als ein Zeichen des guten Willens könnte gewertet werden, dass der EU-Agrarrat Ende März einen Vorschlag zur Anpassung der EU-Vorgaben bis 2027 gebilligt hat. Mit Ausnahme von Deutschland hatten sich alle Agrarminister für die Reduktion und Flexibilisierung von Vorgaben der GAP ausgesprochen.

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Monaten immer wieder betont, dass sie die Landwirtinnen und Landwirte entlasten will. Dafür braucht es konkrete Aktionen auf europäischer wie auch nationaler Ebene. Dazu zählt nicht zuletzt der Abbau von Bürokratismus, dies werde allein aber nicht ausreichen, selbst wenn die Bundesregierung das Thema aktiv angeht. Diesbezüglich sind die Erwartungen der meisten Landwirte verhalten.

Die Enthaltung Deutschlands im EU-Agrarrat wird das Vertrauen der Landwirte in die Versprechungen der Ampel-Regierung nicht bessern. An vielen Stellen besteht Handlungsbedarf, das Papier des DBV benennt die Punkte konkret. In der Vorbemerkung dazu wird nochmal klargestellt, dass der Forderungskatalog mit seinen fast 200 Einzelpunkten "nicht abschließend" ist.

Erik Hecht

Wettbewerbsgerechtigkeit (Beispiele)

- Erleichterungen bei gewässerschonenden Bewirtschaftungsmaßnahmen in roten Gebieten
- Verursachergerechtigkeit im Rahmen der Düngeverordnung gewährleisten
- Wiedereinführung der Derogationsregelung
- Pflanzenschutzvorgaben europaweit angleichen
- Nachteilsausgleich für Bewirtschaftungseinschränkungen in Schutzgebieten und Kooperationsvorrang im Naturschutzrecht
- Einführung eines systematischen Bestandsmanagements für den Wolf zum vor beugenden Herdenschutz
- Sicherstellung des Prinzips „Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht“, auch beim Moorschutz
- Einführung eines EU-weit einheitlichen branchenspezifischen Mindestlohns für den Sektor Landwirtschaft

Nationale Regeln (Beispiele)

- bestehende Datenbanken im Bereich Tierhaltung verbinden, Vereinheitlichung von Größenklassen
- Stichtagsmeldungen vereinheitlichen
- digitalen Rinderpass einführen
- Verpflichtung für einen Behandlungsplan bei niedrigen Anwendungshäufigkeiten streichen
- Erhalt des Bestandsschutzes nach dem BImSchG bei Um- oder Neubau, Verzicht auf Prüfstatik für Standardbauten
- genehmigungsfähige unternehmerische Vorhaben sollten als genehmigt gelten, wenn diese nach drei Monaten nicht von den zuständigen Behörden beschieden werden
- praxisingerechtere Sperrfristen für Düngung
- Abschaffung des Klagerechtes für Umweltverbände
- digitale Unterschrift für PSM-Anwender-Schulung



DIE NUMMER 1 FÜR UNSERE LANDWIRTSCHAFT

IHR AGRARSPEZIALIST

Steuerberatung

Wirtschaftsprüfung

Genossenschaftsprüfung

Insolvenzverwaltung

Moderner Belegtransfer mittels App



Tel.: 03491 418040

agr@etl.de

www.marcel-gerds.de

Dr. rer. agr. Marcel Gerds
Wirtschaftsprüfer & Steuerberater
Landwirtschaftliche Buchstelle

Berliner Straße 1
06886 Lutherstadt Wittenberg

ETL | Agrar & Forst
Steuerberatung

Progress
Genossenschaftsverband e.V.

Zur Situation überschwemmter Ackerflächen

In den vergangenen Monaten wurden etliche landwirtschaftliche Flächen in den verschiedenen Landkreisen Sachsen-Anhalts durch die Hochwasserlage geschädigt. Durch das Hochwasser wurde auch verschiedenes Schwemmgut wie Holz, Plastikteile und sonstiger Müll auf die Flächen gespült. Die landwirtschaftlichen Betriebe haben teilweise bereits begonnen, das Schwemmmaterial zusammenzusammeln. Allerdings stellt sich nun die Frage, welche zuständige Stelle für den Abtransport und die Entsorgung rechtlich verantwortlich ist. Darüber hinaus ist derzeit nicht geklärt, wer die anfallenden Entsorgungsgebühren übernimmt. Um diese Punkte zu klären, hat sich der Bauernverband Sachsen-Anhalt e.V. mit einem Schreiben an das Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten gerichtet.

Die zu klärenden Punkte umfassen die konkrete Benennung von Ansprechpartnern in allen Landkreisen, an welche sich betroffene landwirtschaftliche Betriebe wenden können. Generell ist für uns von Bedeutung, ob es für durch Überschwemmungen und in dem Zusammenhang stehende Entsorgungen geschädigter Landwirtschaftsflächen in Sachsen-Anhalt einen finanziellen Ausgleich geben kann.

In den vergangenen Monaten gab es u.a. im Südharz großes Engagement von Landwirtinnen und Landwirten, um die Hochwasser-Situation in den Griff zu bekommen und Berufskollegen sowie Mitmenschen mit Technik und Tatkraft zu unterstützen. Nun sollte es zügig eine Klärung geben, wie mit den Nachwirkungen auf den Feldern umgegangen wird.

Erik Hecht

Bericht zum 14. Berliner Milchforum

Am 21. Und 22. März fand das 14. Berliner Milchforum statt. Am 21. März startete die Tagung mit einer Podiumsdiskussion mit Vertretern aus der Politik und aus der praktischen Milchviehhaltung und Milchverarbeitung. Aus der praktischen Milchbranche nahmen Benedikt Langemeyer (Milchausschussvorsitzender Westfälisch-Lippischer Landwirtschaftsverband e.V.) und Hans Holtorf (frischli Milchwerke GmbH) teil. Die politischen Vertreter waren Dr. Ophelia Nick (Parlamentarische Staatssekretärin-BMEL), Daniela Schmitt (Ministerin für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz) sowie Wolfram Günther (Staatsminister Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft) und Peter Hauk (Minister für Ernährung, Ländlicher Raum und Verbraucherschutz in Baden-Württemberg).

In der Podiumsdiskussion wurden die Bauerndemos sowie aktuelle Themen wie die schrittweise Streichung des Agrardiesels, die geplante Umsetzung des Artikel 148 GMO und der Umbau der Tierhaltung diskutiert. Während der Diskussion wurden verschiedene Standpunkte vertreten. Während Staatssekretärin Nick die Einführung des Artikel 148 GMO als eine positive Entwicklung ohne mehr Bürokratieaufwand schildert, wird dies von den Vertretern der Milchbranche verneint. Durch die Einführung des Artikel 148 GMO würden sich nicht mehr Chancen für Milcherzeuger bieten und der Bürokratieaufwand würde deutlich steigen. Zudem sprach Langemeyer an, dass beim Milch-Symposium des BMEL im Sommer ein Beitrag organisiert wurde, in dem geschildert wurde, dass die Tierhaltung in Deutschland um 90 % reduziert werden müsse und brachte das Unverständnis zum Ausdruck. Staatssekretärin Nick sprach sich dennoch dafür aus, solche Veranstaltungen mit kritischen Beiträgen weiterhin zu organisieren.

Am Freitag wurde die Fachtagung durch interessante und milchbranchenorientierte Beiträge geprägt. Beginnend mit der Schilderung des Milchmarktes, wobei deutlich wurde, dass das Milchaufkommen stagniert und in den USA ein leichter Rückgang der Milchmenge zu verzeichnen ist. In Südamerika sank die Milchmenge um 15 %, was auf die dortige Hitze und politische Lage zurückzuführen ist. Zudem wurde verdeutlicht, dass viele der Milcherzeuger in Deutschland ein Alter von über 55 Jahren aufweisen und die Entwicklung in den letzten Jahren stagniert. Im zweiten Beitrag von Dr. Lassen vom Thünen-Institut ging es um Schlüssel für den Betriebserfolg. Dabei wurde auf die verschiedenen Anforderungen in einem Betrieb eingegangen und geschildert, dass Betriebsleitern die Zeit für strategische und unternehmerische Entscheidungen fehlt, da der bürokratische Aufwand enorm hoch ist. Als Kernbotschaft kam das Erfordernis einer sozialen Transformation zum Ausdruck. Das QM-Nachhaltigkeitsmodul wurde in diesem Zusammenhang ebenfalls benannt. Weiterhin referierte die Bundestierschutzbeauftragte Ariane Kari (BMEL) und stellte ihre Arbeit vor. Laut einer Umfrage des BMEL soll das Enthornen durch einen Tierarzt als „schaffbar“ von der Tierärzteschaft beurteilt werden. Dies widerspricht sich, da die Tierärzteschaft durch die wachsende Bürokratie überlastet ist. Die letzten Beiträge „Perspektiven für die Milchwirtschaft aus Sicht eines Veterinärs“ von Prof. Dr. Starke der Universität Leipzig und „Wie geht Österreich mit der Anbindehaltung um? Erfahrungen aus Projekten und Praxis“ von Dr. Adolf Marksteiner (Landwirtschaftskammer Österreich) gaben einen Einblick in die Praxis.

Am Milchforum nahmen 500 Personen in Präsenz teil und zahlreiche Interessierte nutzten die Möglichkeit des Live-Streams. Das nächste Berliner Milchforum ist für den 13./14. März 2025 geplant.

Henriette Krause
Referentin für Tierhaltung

Auf zur agra!

Die agra Landwirtschaftsausstellung ist die wichtigste Plattform der Agrarwirtschaft in Ost- und Mitteldeutschland. Technik, neue Produkte und Dienstleistungen für die landwirtschaftliche Praxis und der direkte Austausch in persönlichen Gesprächen sowie Neues aus Pflanzenbau, Tierzucht und Tierhaltung werden geboten.

Die agra Landwirtschaftsausstellung 2024 findet vom 11. bis zum 14. April 2024 auf dem Gelände der neuen Messe Leipzig statt. Folgende Veranstaltungen stehen an:

Pressekonferenz zur Eröffnung der agra

Do., 11.04.2024, 9 bis 09:45 Uhr in großen Tierschauung von Halle 5

Mit Vertretern der Politik und der landwirtschaftlichen Verbände. Medienvertreter sowie alle Interessierten sind herzlich willkommen.

Eröffnung der agra

Do., 11.04.2024, 10 bis 11 Uhr in großen Tierschauung von Halle 5

Mit Aufmarsch der Tiere und Verleihung von tierzüchterischen Ehrenpreisen des Landes Sachsen sowie des Landes Sachsen-Anhalt. Grußworte durch die teilnehmenden Landespolitiker, moderiert durch Dr. Uwe Bergfeld

Wer bezahlt die Zukunft der Landwirtschaft?

Agrarpolitisches Forum der Landesbauernverbände
Do., 11.04.2024, 13 bis 15 Uhr

Auf dem Podium:

- Wiebke Merbeth; Partnerin bei Deloitte; Mitglied im Sustainable Finance Beirat der Bundesregierung
- Sven Schulze, Landwirtschaftsminister Sachsen-Anhalt
- Wolfram Günther, Staatsminister Sachsen
- Torsten Krawczyk, Bauernpräsident Sachsen
- Stefan Meitingner, DBV, Referent für europäische und internationale Agrarpolitik
- Lorenz Eskildsen, Landwirt, Unternehmer, Träger des Ceres Award 2023 als bester Geflügelhalter
- Moderation: Karsten Bär, Redakteur Bauernzeitung

Praxis trifft Politik – agrarpolitische Bauernfrühstück

Sa., 13.04.2024, 10 bis 11:30 Uhr auf dem Marktplatz in der Halle 2

Diskussionsteilnehmer sind:

- Agrarblogger und Betriebsleiter Philipp Krainbring
- Staatsminister Wolfram Günther
- die Präsident der Landesbauernverbände von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

agra 2024 Die Landwirtschaftsausstellung in Mitteldeutschland

- **Modernste Landtechnik aller relevanter Marken auf über 80.000 m²** auf dem Freigelände und in der Halle 2
- **Alles zum Thema Acker- und Pflanzenbau** mit dem Schwerpunkt Wasser in der Landwirtschaft – zwischen Dürre und Überschwemmung
- **Zukunft Tierzucht und Tierhaltung** mit den Schwerpunkten „Darum brauchen wir Nutztiere“, moderne Schlachtung, **agra - Tierklinik** und der **Aktionsfläche Tierwohl**
- **agra - Forstwelt:** integrative Waldwirtschaft, Hackschnitzel und Kaminholzproduktion; Holzverkauf
- Aktionsfläche „**Frauen in der Landwirtschaft**“ und Initiative **Green Girls** mit Informationen über Grüne Berufe
- **agra - Marktplatz:** das Schaufenster der Ernährungswirtschaft mit vielen regionalen Erzeugern und Genusserelebnissen in der Showküche und an den Ständen um den Marktplatz
- **Alles rund um grüne Berufe:** der agra - Schüler-, Karriere- und Wissenschaftscampus
- **agra - Eco:** das interdisziplinäre Nachhaltigkeitscluster

11. bis 14. April

täglich 9 bis 18 Uhr, Leipziger Messengelände



BESUCHEN SIE
GLEICH UNSEREN
TICKETSHOP!

Mitglieder des Landesbauernverbandes erhalten
3 € RABATT
und können Ihr Ticket an den
Tageskassen erwerben



www.agra-messe.de

Ermäßigter Eintritt für Mitglieder *



Mitglied im Kreis-/ Regionalverband _____

Mitgliedsnummer _____

Name des Betriebes _____

Nachname, Vorname _____

* ermäßigte Eintrittskarte (14,00 € brutto), erhältlich bei Abgabe des ausgefüllten Scheines an der Tageskasse

Stellenausschreibung

Wir bieten zum 01.05.2024 oder nächstmöglich für die Hauptgeschäftsstelle des Verbandes in Magdeburg eine Stelle als **Referent (m/w/d) für Veranstaltungen und Projekte** in Vollzeit.

Die Aufgabe bietet:

- Verantwortliche Organisation von Veranstaltungen des Bauernverbandes auf Landesebene, wie Gremientagungen und weiteren verbandlichen Veranstaltungen,
- Projektorientiertes Arbeiten und Entwickeln von Tagungsformaten,
- Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes,
- Repräsentation des Verbandes im Rahmen von verbandlichen Veranstaltungen,
- Entwicklung und Begleitung von öffentlich geförderten Maßnahmen,
- Kommunikation mit Ministerien, Behörden, Verbänden und weiteren Einrichtungen und Institutionen auf Landes- und Bundesebene.

Sie passen zu uns, wenn Sie:

- Ein abgeschlossenes Studium im Veranstaltungsmanagement/ Projektmanagement, als Veranstaltungskauffrau/mann o.ä. und erste Berufserfahrungen nachweisen können,
- Kenntnisse im Bereich Projektförderungen haben,
- Sympathie, Engagement und eine Affinität für moderne verbandliche Gremienarbeit besitzen und Interesse an politischen Abläufen einbringen,
- Eine selbständige Arbeitsweise und Teamfähigkeit ihr Eigen nennen,
- Mit den einschlägigen aktuellen Office-Anwendungen effizient arbeiten,
- Kommunikationsfähigkeiten auch in komplexen Situationen aufweisen,
- Im Besitz einer gültigen PKW-Fahrerlaubnis sind.

Schwerbehinderte Menschen oder gleichgestellte Bewerberinnen und Bewerber, werden bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt. Ihre Bewerbung richten Sie unter Nennung ihres möglichen Arbeitsbeginns sowie Gehaltsvorstellungen bevorzugt per E-Mail an: bewerbungen@bauernverband-st.de

M-V hat einen neuen Bauernpräsidenten

Die Delegiertenversammlung des Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern hat den Landwirt Karsten Trunk mit überzeugender Mehrheit zu ihrem neuen Präsidenten gewählt. Trunk erhielt in Linstow in geheimer Wahl die Mehrheit abgegebenen Delegiertenstimmen. Damit ist Karsten Trunk für die nächsten vier Jahre Bauernpräsident. Der scheidende Präsident Detlef Kurreck hatte sich nach zwei Legislaturperioden im Amt nicht mehr zur Wahl gestellt.

Der 57-jährige Agraringenieur Trunk hat in Neubrandenburg studiert. Heute ist er Geschäftsführer des Landwirtschaftsbetriebes Peenetal in Görmin, einem Ackerbaubetrieb mit 1.300 Hektar vor den Toren Greifswalds. Dem Landesbauernverband ist Karsten Trunk seit Jahrzehnten verbunden. So gehörte er seit 1997 dem Vorstand des Bauernverbandes Demmin an, von 2009 bis 2020 hatte er hier den Vorsitz inne.

Zu Vizepräsidenten wurden auf der Delegiertenversammlung Sabine Firnhaber, Dr. Manfred Leberecht und Marco Gemballa gewählt. Sabine Firnhaber bekleidet dieses Amt bereits in der zweiten Legislaturperiode. Die 47-jährige Landwirtin im Nebenerwerb machte nach dem Abitur zunächst die Ausbildung zur Tierärzthelferin. Es folgte eine Spezialausbildung zur Huftechnikerin. Im Nebenerwerb betreibt Sabine Firnhaber in Banzkow eine Schäferei.

Marco Gemballa war bereits von 2007 bis 2016 Vizepräsident des Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern. Der 49-jährige Landwirt betreibt in der Agrargesellschaft Am Landgraben Zinzow auf 600 Hektar Ackerbau. Der Betrieb erbringt außerdem landwirtschaftliche Dienstleistungen und betreibt eine Biogasanlage. Seit 2017 testet der Landwirt im Rahmen des F.R.A.N.Z.-Projektes Maßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt auf seinen Feldern.

Dr. Manfred Leberecht, Jahrgang 1960, betreibt in Grabow einen landwirtschaftlichen Öko-Betrieb mit Mutterkühen und Bullenmast. Das theoretische Rüstzeug dafür erwarb er während seines Studiums der Pflanzenproduktion an der Humboldt-Universität zu Berlin. Mit seinem landwirtschaftlichen Betrieb in Grabow trat er bereits Anfang der 90er in den Bauernverband ein. Dr. Manfred Leberecht ist seit acht Jahren Vizepräsident des Bauernverbandes MV. In dieser Position hat er sich in den Themenbereichen Umweltpolitik und ökologischer Landbau engagiert.

Die bisherige Vizepräsidentin Dr. Heike Müller hatte sich nicht mehr zur Wahl gestellt. Sie hatte das Ehrenamt beim Bauernverband acht Jahre lang bekleidet. Der scheidende Bauernpräsident Detlef Kurreck appellierte in seinem Rechenschaftsbericht an seine Berufskollegen, die Einheit des Berufsstandes hoch zu halten. „Wir brauchen einen starken Bauernverband mit starken Mitgliedern“. Ob Ackerbauer oder Tierhalter, Familienbetrieb, Genossenschaft oder GmbH, Landwirt im Nebenerwerb oder Direktvermarkter – der Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern ist eine Sammelbewegung für alle Formen landwirtschaftlichen Unternehmertums. Das macht seine Stärke im Dialog mit der Politik aus. In seiner 33-jährigen Geschichte habe der Verband viel erreichen können. „Doch die Zeiten sind sehr turbulent und erfordern, dass wir noch stärker sind“, so Kurreck. Die existenziellen Herausforderungen der Gegenwart wie Ernährungssicherheit oder Klimawandel ließen sich nicht im Alleingang und schon gar nicht auf dem Rücken der Landwirte lösen. „Wir brauchen einen starken Bauernverband mit starken Mitgliedern, um unsere Interessen in diesem gesellschaftlichen Dialog durchsetzen zu können.“

Erik Hecht / LBV M-V



Beitrag zum Recht

"Regional" und "klimaneutral" sind so beliebte Begriffe im Marketing, dass sich auch Gerichte damit befassen.

Das irreführende „regionale“ Hähnchen

Um die Regionalität sachsen-anhaltinischer Hähnchen drehte sich ein Urteil des Oberlandesgerichts Oldenburg (Beschluss v. 28.2.23 - 6 U 125/22).

Das Gericht hatte erklärt, dass mit der Werbung „Von regionalen Höfen“ der Eindruck entstehe, das beworbene Hähnchen stamme aus der Region, in der es auch tatsächlich zum Verkauf angeboten werde und somit etwa längere Transportwege vermieden worden seien. Soweit das Hähnchen jedoch in weiter Entfernung aufgewachsen sei, ist die Regionalität für dieses landwirtschaftliche Produkt nicht mehr gegeben.

Konkret ging es um Wiesenhof's Tiefkühlhähnchen mit dem aufgedruckten Slogan „Deutsches Geflügel von regionalen Höfen“ auf der Vorderseite der Verpackung. In kleiner Schrift auf einem Verschlussetikett stand zusätzlich, dass die Hühner von einem Erzeugerhof aus Sachsen-Anhalt stammten. Verkauft wurden die Hähnchen in den Supermärkten in Stuttgart.

Beanstandet wurde die Werbung des Hühnerverarbeiters Wiesenhof von der Verbraucherzentrale Baden-Württembergs. Sowohl Landgericht als auch Oberlandesgericht gaben dem Kläger recht. Auch der BGH bekräftigte das Urteil, in dem er die Nichtzulassungsbeschwerde des Beklagten zurückwies. Der Beklagte verstieß konkret gegen das Irreführungsverbot nach § 5 nach Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 1 des Unlauterer Wettbewerb-Gesetz (UWG).

Merke: bei Regionalwerbung ist also Vorsicht geboten. Es muss für die Adressaten irrtumsfrei erkennbar sein, für was die Regionalauslobung steht.

Doch ist die Begrifflichkeit „Regionalität“ übrigens nicht rechtlich geschützt. Somit bestehen keine verbindlichen Kriterien, was wiederum viel Interpretationsspielraum schafft. Die Lebensmittelanbieter können die Grenzen und Größe der Region selbst bestimmen, soweit damit keine Irreführung entsteht. Neben diversen Regionalinitiativen, die für ihre Regionalsiegel einheitliche Maßstäbe aufgestellt haben, gibt es auch einige Bundesländer mit einem eigenen Regionalsiegel. Seit 2014 gibt es das blaue „Regionalfenster“ als freiwillige Kennzeichnung, welches vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft entwickelt wurde und für mehr Transparenz sorgen will.



Greenwashing – Irreführung in der Werbung

Klimaneutral, umweltfreundlich oder nachhaltig - das sind nur einige Begrifflichkeiten, mit denen Unternehmen für ihre Produkte werben. Das damit nicht unbedingt der klimaneutrale Herstellungsprozess des Produkts gemeint ist, ist vielen bekannt. So gehen auch die Gerichte bei der Beurteilung davon aus, dass der durchschnittliche Verbraucher den Begriff „klimaneutral“ im Sinne einer ausgeglichenen Bilanz der CO₂-Emissionen des Unternehmens verstehen, wobei ihm bekannt ist, dass die Neutralität sowohl durch Vermeidung als auch durch Kompensationsmaßnahmen (z.B. Zertifikatenhandel) erreicht werden kann.“ Allerdings haben die Unternehmen die Pflicht, klar erkennbar zu machen, wie die Klimaneutralität konkret umgesetzt wurde.

Das OLG Düsseldorf (Urt. v. 6.7.2023 - 20 U 72/22) hatte die Werbung für eine Marmelade mit dem Slogan „Klimaneutraler-Preis-Leistungs-Klassiker“ für irreführend gehalten. Das Gericht führte aus, dass der Begriff „klimaneutral“ erklärungsbedürftig sei und es daher weiterführende Informationen über die konkrete Klimaneutralität geben müsse. Für den Verbraucher sei es wichtig zu wissen, ob die Klimaneutralität durch eigene Einsparmaßnahmen oder durch den Erwerb von CO₂-Zertifikaten erreicht wurde.

In einer Klage gegen den Fruchtgummihersteller Katjes hatte das OLG Düsseldorf (Urt. v. 6.7.2023 – 20 U 152/22) zugunsten des Unternehmens entschieden. Dieses hatte mit dem Slogan „Schmeckt auch unserem Klima“ ein Produkt in einer Fachzeitschrift beworben. Da Katjes in der Werbung auf eine Internetseite mit weiterführenden Informationen verwies, war für das Gericht eine genügende Transparenz des Umweltversprechens gegeben.

Um dem Greenwashing Einhalt zu gebieten, plant die EU eine Richtlinie zur strengeren Regulierung von Umweltaussagen („Green Claims“). Nach dem Entwurf der Richtlinie sollen Umweltaussagen von Unternehmen zuvor durch wissenschaftliche Gutachten belegt und zertifiziert werden. Eine unabhängige Instanz soll die Angaben und Nachweise überprüfen. Die Richtlinie durchläuft erst noch das EU-Gesetzgebungsverfahren, eh es dann in nationales Recht umgesetzt werden wird.

Wer nun mehr zu regionalen Produkten wissen will, der kann gern einen Blick in die Regionalkisten aus Sachsen-Anhalt werfen. Nähere Information gibt's dazu auf der Internetseite der Agrarmarketinggesellschaft Sachsen-Anhalt.

Johanna Trösken
Verbandsjuristin

Bodenüberwachungs- und Resilienzgesetz

Seit mehreren Jahren ist das "Soil Monitoring Law" in der europapolitischen Diskussion. Wir fassen für Sie die wichtigsten Punkte und Entwicklungen zusammen.

Die EU-Kommission (KOM) hat am 17.11.2021 eine EU-Bodenstrategie für 2030 vorgelegt. Demnach sollen sich bis 2050 alle Bodenökosysteme in der EU in einem guten Zustand befinden und somit widerstandsfähiger sein. „Gesund“ sind Böden, die sich in einem guten chemischen, biologischen und physikalischen Zustand befinden. Die Bodenstrategie baut auf mehreren Zielen des Green Deals auf. Nun hat die EU-KOM im Juni 2023 einen Legislativvorschlag (Soil Monitoring Law) veröffentlicht. Der Vorschlag sieht die Überprüfung und Bewertung des Zustandes der Böden vor, sowie auch die Einführung von Maßnahmen, welche ergriffen werden sollen, sollte der Boden nicht in einem gesunden Zustand sein. Das übergeordnete Ziel der Richtlinie ist alle Böden bis 2050 in einen gesunden Zustand zu versetzen. Während die Richtlinie keine verbindlichen Ziele festlegt, werden anhand der nachhaltigen Bewirtschaftungsprinzipien Regelungen und Einschränkungen für die Bewirtschaftungen von Böden geschaffen. Hierzu hat der DBV bereits im November 2023 eine Stellungnahme abgegeben.

Die im Entwurf der EU-KOM getroffenen Aussagen zur Bodenbewirtschaftung implizieren, dass aktuell angewandte Bodenbewirtschaftungspraktiken des landwirtschaftlichen Berufsstandes keinen positiven Einfluss auf die Erbringung von Boden-Ökosystemleistungen besitzen, was vom DBV in der Stellungnahme entschieden zurückgewiesen wird.

Das im Entwurf der Richtlinie geschaffene Bild der europäischen Landwirtschaft entspricht nicht der Praxis, sondern dient vielmehr der Legimation einer weiteren Bürokratisierung der Bodennutzung im Landnutzungsbereich. So sollen unter anderem die gesammelten Daten, insbesondere zu allen identifizierten potenziell kontaminierten Standorten in einem öffentlichen Register erfasst werden. Mit dem Bekenntnis zu einer verbindlichen europäischen Bodenschutzregelung im Koalitionsvertrag unterstützt auch die Bundesregierung das Vorhaben der Europäischen Kommission.

Was bedeutet das konkret? Die Richtlinie verpflichtet Mitgliedsstaaten dazu, empfohlene und zu vermeidende Praktiken der Bodenbewirtschaftung festzulegen. Diese "nachhaltigen Praktiken" müssten auf allen Böden eingeführt werden. Auf "ungesunden Böden" müssten Regenerierungsmaßnahmen graduell eingeführt werden. Dazu gehören zum Beispiel, dass die Minimierung physischer Störungen, die Vermeidung des Einsetzens von Stoffen, die der menschlichen Gesundheit oder der Umwelt schaden könnten, die Sicherstellung, dass der Einsatz von Maschinen an die Festigkeit des Bodens angepasst oder auch ein Anpassen der Weidezeit eingeführt wird.

Die Kernforderungen des Deutschen Bauernverbandes hierzu unterscheiden sich deutlich und lauten wie folgt:

- Hauptfokus muss auf der Reduzierung des Flächenverbrauchs liegen
- Doppelregulierungen mit dem bestehenden Landwirtschafts- und Umweltrecht sowie der Agrarpolitik müssen verhindert werden
- Monitoring über den Zustand der Böden muss im Vordergrund stehen
- Statt europäischer Vorgaben und Kontrollen Subsidiarität wahren

Landwirtschaftliche Böden müssen nicht vor den Bauern, sondern vor Umnutzung, Überbauung und Versiegelung für Siedlungen und Verkehrsflächen geschützt werden. Der Erhalt fruchtbarer Böden ist unsere Existenz- und Arbeitsgrundlage und liegt im fundamentalen Eigeninteresse von uns Landwirten und Grundeigentümern. Der Schutz der Böden ist bereits heute über eine Vielzahl von europäischen und nationalen Regelungen gesichert.

Die Vorschläge der EU-Kommission für ein Bodenüberwachungsgesetz führen nur zu bürokratischen Doppelregelungen ohne echten zusätzlichen Nutzen. Wer es mit dem Bodenschutz ernst meint, muss zuallererst den Flächenfraß wirksam reduzieren. Nach wie vor werden in Deutschland rund 55 Hektar pro Tag für Siedlungen, Gewerbegebiete und Straßen in Anspruch genommen und gehen für die Natur und die Erzeugung von Nahrungsmitteln dauerhaft verloren. Der Kommissionvorschlag sieht hierfür jedoch keine konkreten Instrumente zur Reduktion vor und regelt daher vollkommen an den Erfordernissen vorbei.

Derzeit wird der Gesetzesvorschlag im Agrar- und Umweltausschuss des Europäischen Parlaments behandelt, wobei sich der Umweltausschuss federführend in die Thematik einbringt.

Mitte März 2024 fand dazu eine Abstimmung im Umweltausschuss statt, wobei der Kommissionsvorschlag für das Bodenüberwachungs- und Resilienzgesetz mit 42-Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen angenommen wurde. Der Bericht des Umweltausschusses sowie die Stellungnahme des Agrarausschusses werden in den nächsten Schritten am 11. April im Plenum abgestimmt. Der DBV ist dazu weiterhin im Austausch mit den Abgeordneten, über den weiteren Verlauf werden wir Sie informiert halten.

Nadine Börns

Referentin für Acker- und Pflanzenbau

U.W.E. bringt die Menschen zusammen

Das "Unstrut-Wein-Erlebnis" wurde 2022 ins Leben gerufen. Die Besucher kommen, um die Vielfalt an Weinen zu probieren und die schöne Landschaft zu genießen, erleben an den Stationen aber noch viel mehr. Die Agrar Burgscheidungen eG ist involviert, wir haben mit der Geschäftsführerin Katrin Beberhold gesprochen.

Was genau ist U.W.E.?

Im Grunde ist es eine Mischung aus einem Tag des offenen Hofes und einer Wein-Wanderung. Auf der Strecke von Burgscheidungen nach Dorndorf gibt es verschiedene Stationen, an denen probiert, sich informiert und gekauft werden kann, allem voran natürlich Wein. Titel der Aktion ist "Unstrut-Wein-Erlebnis", abgekürzt also "UWE".

Startpunkt ist unser Betriebsgelände, hier sind auch Maschinen ausgestellt, wir erklären die Landwirtschaft und zeigen unsere Algenfarm. Während der Tour wird von den Besuchern natürlich die schöne Landschaft entlang der Unstrut bewundert. Der Weg beträgt rund 5 Kilometer, ist also für fast jeden Besucher schaffbar. Und vom Ende kann man mit Taxi bequem zum Parkplatz zurückgefahren werden.

Wie kam es zum ersten Unstrut-Wein-Erlebnis?

Ganz am Anfang war eine Art thematischer Tag des offenen Hofes geplant. Im Gespräch hat die Idee aber so viel Begeisterung hervorgerufen, bei den Weinbauern und Winzern von Burgscheidungen bis Dorndorf, dass sich eine gemeinschaftliche Veranstaltung daraus entwickelt hat.

Was bringt das U.W.E.?

Natürlich kannte man die anderen Betriebe vor Ort schon vorher, aber der Austausch untereinander ist nochmal mehr geworden, weil man gemeinsam ein Projekt hat. Im ersten Jahr haben wir uns erst rund drei Monate vor dem Termin entschlossen, das U.W.E. ins



Leben zu rufen. Mit vereinten Kräften haben wir ohne viel Vorlauf eine tolle Aktion an den Start gebracht! Sowas bringt einen vor Ort schon enger zusammen. Das ist aber nicht das Einzige, für Gastronomie und Winzer ist der Erfolg direkt messbar, weil die Besucher natürlich auch Essen und Trinken wollen. Und es ist im Interesse von allen, die hier leben und arbeiten, dass man mit dem U.W.E. etwas hat, das Touristen auf unsere Region aufmerksam macht.

Was ist das Fazit nach den ersten beiden Jahren?

Im ersten Jahr hatten wir rund 1500 Besucher, im zweiten Jahr das Doppelte. Dieses Jahr werden es bestimmt nochmal mehr Besucher. So viele Interessierte an einem Tag, damit können wir sehr zufrieden sein.

Und was gibt es 2024 Neues?

Wir freuen uns, dass sich die Aktion weiterentwickelt. Im ersten Jahr hatten wir 9 Stationen, dieses Jahr werden es 15 Stationen sein. Die Schüler des Gymnasiums aus Laucha sind auf uns zugekommen und werden einen eigenen Stand haben. Es ist großartig zu sehen, dass sich aus dem U.W.E. ein richtiges, regionales Gemeinschaftsprojekt entwickelt, bei dem sich die Leute aktiv einbringen wollen.

Unstrut-Wein-Erlebnis am 11. Mai 2024 von 11.00 bis 22.00 Uhr

TAXI Haltestellen Taxi Bielig, Tel. 034462 61033
Bahnhof Laucha / Burgscheidungen / Dorndorf
Kirchscheidungen / Wiese Ortseingang Laucha

P1 Feldweg gegenüber Agrar Burgscheidungen
P2 Kapstraße Richtung Karsdorf
P3 Sportplatz
P4 Wiese an der Schleuse Ortseingang Laucha

TAXI am Bahnhof Laucha

- 1 Agrar Burgscheidungen eG
- 2 „Die Jungen Trauben“
- 3 Weingarten Längricht
- 4 Weinbau Uwe Schmidt
- 5 Weinbau Kulb & Diers
- 6 Lämmerwiese Zur Alten Weinterrasse
- 7 Boy's Gutsausschank
- 8 Weinberg Familie Tümmel
- 9 Weinbau Familie Rödel
- 10 Siegels Weinhütte bei Glockenseck
- 11 Helga: U.W.E.'s längste Theke
- 12 Winzer vom Fuchsberg
- 13 ChickBeatsPig U.W.E. Edition
- 14 Kulinarisches von Frank Schneider
- 15 Weingut Beyer

Gestaltung: www.patrick-rebulla.de • Foto Weinmessen: Falk Prätzsch, @_weidritzel.fotografie_

Rückblick zu Protesten und Presse

Proteste sind eine (sehr laute) Form der Kommunikation. Protest bietet in demokratischen Ländern die Möglichkeit, auf ein Anliegen oder Problem hinzuweisen und eine Reaktion einzufordern, meist von der Regierung. Der Erfolg von Protesten ist nicht zuletzt davon abhängig, wie über diese berichtet wird.

Koordiniert und erklärt

Entgegen den Befürchtungen einiger Medien sind die Proteste der Landwirte fast überall ohne Zwischenfälle abgelaufen. Zur Einordnung sei gesagt, dass allein in Sachsen-Anhalt mehr als 200 angemeldete Aktionen stattgefunden hatten. Bundesweit gab es zigtausende Kundgebungen, Blockaden, Schleichfahrten, Mahnfeuer und weitere Protestformen. Nur weil diese vielen Aktionen angemeldet sowie gut koordiniert und kommuniziert waren, gab es eine so produktive Zusammenarbeit mit anderen Branchen und nicht zuletzt auch der Polizei. Letztere hatte immer wieder auf die gut funktionierenden Absprachen mit den Protestierenden hingewiesen.

Bundesweit gab es rund ein Dutzend Aktionen, die nicht einvernehmlich mit der Polizei abgelaufen sind. Ein Beispiel war, dass die Grünen ihren Politischen Aschermittwoch im baden-württembergischen Biberach abgesagt hatten, weil es zu unangemeldeten Protesten kam. Die Polizei musste nach eigenen Angaben gegen einzelne Demonstranten einschreiten. Hier war die Grenze dessen erreicht, was Protest im gegebenen Rechtsrahmen darf. Solche Vorkommnisse können nicht nur für den Einzelnen negative Folgen haben, sie wirken sich auf die Diskussion insgesamt aus, wie im folgenden Abschnitt erläutert.

Mediales Interesse

Beginnend mit der ersten DBV-Demo in Berlin hat die Landwirtschaft einen ungewohnt einigen Antritt an die Politik sowie die Medien gemacht. Es gab klar verständliche Forderungen, die gut begründet waren. Der DBV hat aktuelle und thematische Demo-Materialien produziert. Vonseiten kleinerer Verbände gab es wenig offene Kritik am Deutschen Bauernverband. Dies bot für die Politik wenig Angriffsfläche und für die Medien wenig Auswahl beim Ton der Berichterstattung; wenn sich keiner öffentlich streitet, gibt es diesbezüglich auch nichts zu berichten. Daher galt das mediale Interesse voll den Forderungen der Landwirte.

Als dann Aktionen stattgefunden haben, bei denen die Grenzen des Erlaubten zumindest stark ausgereizt wurden, gab es etwas Neues zu berichten. Die Berichterstattung verschob sich anlassbezogen immer wieder von den Anliegen der Protestierenden zu der Art und Härte des Protestes. Das mag von manchen als „Stimmungsmache gegen die Landwirtschaft“ gewertet worden sein, ist aber bei allen Protesten zu beobachten. In jedem Fall wird durch grenzwertige Proteste eine Diskussion über die Legitimität der Proteste ausgelöst.

Die Proteste haben erreicht, dass sich viele Landesregierungen gegen die Bundesregierung positioniert haben, teilweise sogar die eigene Partei. Unglaublich viele Mitmenschen und andere Branchen haben sich mit den Landwirten solidarisiert haben. Über Wochen war die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft eines der zentralen Themen der Berichterstattung. Die genannten Punkte könnten wir heute für uns verbuchen, weil die Proteste zum absoluten Großteil friedlich waren und mehrheitlich medial als solche dargestellt wurden. Sie werden in Erinnerung bleiben, nicht zuletzt der Bundespolitik.

Kein Abschied für immer?

Ende 2023 konnte DBV-Präsident Joachim Rukwied auf dem Bauerntag in Sachsen-Anhalt verkünden, dass die SUR „tot“ ist. Gemeint war, dass das geplante Gesetz nicht mehr auf absehbare Zeit kommen würde, aufgrund der EU-Mehrheitsverhältnisse und der sich anbahnenden Europawahl. Beim Agrardiesel haben wir eine andere Situation, denn die Teil-Rückvergütung läuft noch und kommendes Jahr wird ein neuer Bundestag gewählt. Der Agrardiesel wird ein Thema im Wahlkampf, nicht zuletzt deshalb, weil die Landwirtschaft und deren Wettbewerbsfähigkeit in der Diskussion zwischen den Parteien etabliert werden konnte. Weder zu Beginn der letzten Dürre noch mit Kriegsbeginn in der Ukraine war das wirklich gegeben.

Erik Hecht



Noch Fragen?

Wenn Sie einen Tag des offenen Hofes ausrichten möchten, melden Sie sich einfach bei Ihrem Landesbauern-, LandFrauen- oder Landjugendverband. Dort erhalten Sie weiterführende Informationen.

Gemeinsam mit Ihnen veranstalten wir 2024 einen großartigen bundesweiten Tag des offenen Hofes!



TAG DES OFFENEN HOFES



Folgen Sie uns auf Instagram!
[@tagdesoffenenhofes](https://www.instagram.com/tagdesoffenenhofes)

Der „Tag des offenen Hofes“ ist eine gemeinsame Initiative des **Deutschen Bauernverbandes**, des **Bundes der Deutschen Landjugend**, des **Deutschen LandFrauenverbandes** und ihrer Landesverbände. Er wird von der **Landwirtschaftlichen Rentenbank** gefördert.



Deutscher Bauernverband



BUND DER DEUTSCHEN LANDJUGEND e.V.



rentenbank



LandFrauen
Deutscher LandFrauenverband e.V. (DLF)

Machen Sie mit!

2024 ist es wieder so weit!

Bundesweites
Aktionswochenende
am 8. und 9. Juni 2024

Die TdOH ins Sachsen-Anhalt finden Sie unter:
www.hofeinblick.de

Bauzaunbanner, Planen und mehr im Webshop

Zeigen Sie, was die Landwirtschaft leistet und was Ihre Forderungen sind, mit bildstarken Werbemitteln! Bestellen Sie ganz einfach online über den Webshop der Agrardienste Sachsen-Anhalt.

Neben den Aufklebern "Ohne Trecker nix beim Bäcker" finden Sie verschiedene Motive und Ausführungen. Bei dem Motiv "Weil wir mehr können als Importe!" setzen wir für Sie auf Wunsch ein individuelles Bildmotiv, auch von Ihrem Betrieb! Angeboten werden Planen und Platten in verschiedenen Ausführungen sowie

Bauzaunbanner im XXL-Format. Besonders bei den Planen gibt es sehr starke Mengenrabatte. Alle Motive von uns und der neuen DBV-Kampagne sowie Informationen finden Sie unter www.gruenerdeal.de

Erik Hecht





Versicherungs-Vermittlungsgesellschaft mbH
des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt e. V. (VVB)
in Verbindung mit der R+V Versicherung

*Sicherheit für Ihren Betrieb und Ihre Familie
Wir bieten die Lösung!*

Die AgrarPolice – Rundumschutz für Ihren landwirtschaftlichen Betrieb

In der Landwirtschaft zählen Verlässlichkeit, alltagstaugliche Lösungen, Innovationskraft und höchste Produktqualität. Dafür benötigen Sie als Betriebsleiter einen Rundumschutz, der alle möglichen Risiken auf Ihrem Betrieb abdeckt. Mit der R+V-AgrarPolice wählen Sie den umfangreichsten Versicherungsschutz, der am Markt verfügbar ist.

Bis zu 14 Produkte in einem Vertrag

Stellen Sie die individuelle Lösung für Ihren Betrieb aus bis zu 14 Produkten in nur einer Police zusammen und schützen Sie sich vor Deckungslücken und Haftungsfallen. Die R+V bietet volle Variabilität bei versicherbaren Gefahren und Selbstbehalten, zudem erhalten Sie Bündelnachlässe von bis zu 35 Prozent bei der Wahl mehrere Produkte.

Beispiele aus unserer Produktpalette

Ob aus Leichtsinn, Unvorsichtigkeit oder Vergesslichkeit: Für entstandene Schäden finanziell aufkommen zu müssen, ist eines der größten Risiken für landwirtschaftliche Betriebe. Im Fall von unvorhergesehenen Schäden oder Unfällen haftet die Betriebsleitung persönlich. Schlimmstenfalls kann es zu Gerichtsverfahren sowie strafrechtlicher Verfolgung kommen. Die verschiedenen Bausteine der Haftpflichtversicherung sind konkret auf den Bedarf und spezielle Haftungsrisiken der Landwirtschaft zugeschnitten.

Cyber-Deckung: Ohne IT geht auf dem Acker und im Stall gar nichts mehr. Und wenn der Landwirt eine täuschend echt aussehende E-Mail mit einer Erpressungssoftware öffnet, können die EDV, die Biogasanlage oder der Melkroboter plötzlich stillstehen. Der Baustein Cyber-Schutz sorgt für Sofort-Hilfe durch IT-Spezialisten - und somit für eine möglichst

schnelle Rückkehr zur Normalität im versicherten Betrieb.

Neu in der AgrarPolice ist die Ertragsschadenversicherung für Rinder-, Schweine und Geflügelbestände. Anzeigepflichtige Tierseuchen, übertragbare Tierkrankheiten und Unfälle im Tierbestand sind ein unkalkulierbares Risiko, denn sie haben Tierverluste und Ertragsausfälle zur Folge. Die Ertragsschadenversicherung sichert Ihre komplette Tierproduktion gegen schadenbedingte Einkommensverluste ab.

Das R+V-AgrarKompetenzCenter (AKC)

Sie haben Fragen zur AgrarPolice oder anderen Versicherungslösungen für Sie und Ihren Betrieb?

Das AgrarKompetenzCenter (AKC) ist Ihr Ansprechpartner für alle Anliegen rund um das Thema Agrar inklusive der Bereiche erneuerbare Energien, Pferd, Hund, Garten- und Gartenlandschaftsbau, Weinbau, Landjugend und Landfrauen. Hier bündeln wir die landwirtschaftliche Fachkompetenz der R+V. Das AKC steht für eine Betreuung auf Augenhöhe durch qualifizierte Mitarbeiter mit landwirtschaftlicher Expertise, die Ihre Sorgen und Nöte kennen und Ihre Sprache sprechen. Ihre Fragen und Bedürfnisse werden daher nicht einfach nur versicherungsspezifisch erfasst, sondern im Kontext der komplexen Problemstellungen verstanden und analysiert. Denn wir wollen für Sie die bestmögliche Lösung finden.

Das Team der VVB berät Sie gerne

Gerne können Sie auch direkt einen Mitarbeiter der VVB ansprechen, unter www.vvb-st.de/kontakt finden Sie Ihren regionalen Ansprechpartner.

R+V-AGRARPOLICE
**Erträge sichern.
Gemeinsam und bewährt.**

Die R+V-AgrarPolice ist der Rundumschutz für Ihren Betrieb –
ab jetzt noch besser.

agrarpolice.ruv.de

 Agrar
KompetenzCenter


Du bist nicht allein.





Lohn- und Finanzbuchhaltung, Services und Rahmenverträge für Mitglieder

Die Leistungen der Agrardienste Sachsen-Anhalt GmbH unterstützen Sie.

Sonderkonditionen bei Partnern wie Hoyer, DBL, Kärcher, Wibautec uvm.

Rabatte beim Autokauf über die DBV-Service GmbH

Lohn- und Finanzbuchhaltung aus einer Hand

Besuchen Sie unseren Online-Shop!

Mehr unter www.gruenerdeal.de



GESCHÄFTSSTELLE
Agrardienste Sachsen-Anhalt GmbH
Maxim-Gorki-Str. 13
39108 Magdeburg
0391 - 73969 0

AUßENSTELLE HALLE
Herweghstraße 100
06114 Halle (Saale)
0345 - 963911 0

Wir suchen weitere Mitarbeiter/innen für unsere Lohnbuchhaltung und die Finanzbuchhaltung, ab 20 Wochenstunden, unbefristet, mit Dienort in Magdeburg oder Halle. Alle Informationen auf bauernverband-st.de/stellenmarkt/

In aller Kürze

Waschmittel statt Glyphosat?

Der März brachte eine Meldung, die das Weltbild vieler Gegner der modernen Landwirtschaft erschüttern könnte: Ein Großteil des "Glyphosats" in europäischen Gewässern könnte von Waschmitteln stammen, genauer gesagt aus Wasserenthärtern. Dies ist eines der Ergebnisse einer Forschungsgruppe aus Tübingen. In einer Meta-Analyse werden mehrjährige Daten aus 73 europäischen und 18 US-Gewässer-Messstellen verglichen. Dabei fiel u.a. auf, dass die Messungen von "Glyphosat" in Gewässern und die Verwendung in der Landwirtschaft nicht korrelieren.

Die Publikation ist bereits online zu lesen, eine Begutachtung durch externe Experten für ein wissenschaftliches Journal läuft Stand März noch. Die externe Bewertung der Studie um die Umweltnalysikerin Prof. Dr. Carolin Huhn wird von vielen Seiten mit Spannung erwartet, denn von dieser Bewertung hängt vieles ab: Etwa die Fragen, ob für manche Anwendungsbeschränkungen die Grundlagen fehlen, oder ob manche Waschmittel dem Vorsorgeprinzip nach sofort vom Markt genommen werden müssten.

Erntehelferversicherung

Mit der Würzburger Versicherung wurde ein flexibles Konzept für die betriebliche Absicherung von Saisonarbeitskräften gefunden. Die Vorteile für Sie sind: keine Mindestlaufzeit, taggenaue Abrechnung (auch bei vorzeitiger Abreise Ihrer Erntehelfer), einfacher Onlineabschluss und Versicherungsnachweis innerhalb weniger Stunden. Die Online-Abschlussstrecke finden Sie über die Homepage der VVB.

TRGS-Schulungen im April

Für den Erwerb der Fachkunde nach "TRGS 529 – Herstellung von Biogas" findet am 22. und 23. April eine Schulung statt. Der Nachweis dieses zweitägigen Grundkurses wird für den Betrieb einer Biogasanlage benötigt. Der alle vier Jahre vorgeschriebene Ein-Tages-Lehrgang zur Auffrischung findet am 24. April statt. Pro Kurs können maximal 20 Personen teilnehmen.

Die Unterlagen für die Anmeldung zu den Veranstaltungen finden Sie auf www.bauernverband-st.de im Kalender. Bei Fragen wenden Sie sich an Frau Berkholz in der Geschäftsstelle Bernburg.



In der Region zu Hause.

**Profitieren Sie von unseren
Angeboten für Landwirte:
persönliche Beratung vor Ort,
passgenaue Finanz-
dienstleistungen und optimale
Fördermöglichkeiten.**

Wenn's um Geld geht – Sparkasse.

